Nummer 33

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 21. Januar 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter handelsteil W. Junk Berlin Polit. Teil Dr. Paul Gettel, Berlin Kunst, Wissenschaft und Lokales S. Köppen Berlin-Friedenau Inseratenteil H. Rongiewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8 Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2483

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0.50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6.00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7.50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 300 Dinar; für den Monat Januar 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10.— Rmk., Litauen 20 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die „geschlagenen" Kaukasusdeutschen.

Heute heißt es allgemein: „Die Auslandsdeutschen müssen wieder hinaus. Sie sind die besten Träger unseres Ansehens und unserer Wirtschaftsentfaltung in der Fremde und daher berufen, unsere frühere Geltung zurück zu erobern." Das ist eine erfreuliche Einsicht und kein geringer Fortschritt gegen früher, da vielfach die Auslandsdeutschen als der Heimat abspenstig gewordene, unruhige Elemente, teilweise sogar als eine unangenehme Belastung der politischen Beziehungen betrachtet wurden, die den Auslandsvertretungen nur Ungelegenheiten im geruhsamen Geschäftsgang zu verursachen geeignet waren.

Der Gedanke, die Auslandsdeutschen seien als wertvoller Aktivposten der deutschen Wirtschaftsmacht auszunützen und müßten zu diesem Behufe baldmöglichst wieder hinaus, um draußen ihre Fähigkeiten zu verwerten, ist richtig und schön; er trifft sich auch mit dem heißen Bestreben und dem Unternehmungsmut der Auslandsdeutschen selbst. Wenn man jedoch von diesen erwartet, daß sie wieder als Pioniere deutscher Wirtschaft hinausgehen, dann ist Voraussetzung, daß man sie nicht im Stich lasse, sondern ihnen und ihren Unternehmungen wirksamen Schutz angedeihen lasse. Die Zuversicht, daß solcher Schutz hinter ihnen stehe, müssen diese Leute schon mit auf den Weg nehmen dürfen. Manche Erfahrungen aber widersprechen in traurigster Weise diesem Postulat. Die Kaukasusdeutschen sind eines der charakteristischen Beispiele nicht nur des mangelnden Schutzes, sondern auch dafür, daß gegebenenfalls die im Ausland arbeitenden Deutschen das Risiko laufen, schlankweg zum Opfer anderer Interessen gebracht zu werden.

Dies und nichts geringeres ist jenen Kaukasusdeutschen widerfahren, welche, sobald die Wege — oder vielmehr damals noch recht gefährliche Umwege! — durch die von der Entente blockierten Dardanellen wieder frei geworden waren, unverzüglich in die Gegenden ihrer einstigen Wirksamkeit zurückgekehrt waren. Eine ganze Anzahl von Unternehmungen kam durch ihre zähe Arbeit wieder in Gang; der allgemeine Warenumsatz und manche gewerbliche Firmen blühten wieder auf.

Da machte die Eroberung Georgiens durch das bolschewistische Moskau dieser Entwicklung ein jähes Ende. Die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden wurden teils offen ausgeraubt („enteignet" lautet der offizielle Ausdruck) teils wurde ihnen allen Verträgen zuwider ihr Eigentum durch Drangsalierungen abgejagt, welche sie zur verlustreichen Liquidierung zwangen. So gut wie ausnahmslos haben diese deutschen Pioniere, die erfolgreich den bereits dort eingesessenen italienischen und englischen Handel ausgestochen hatten, den Großteil ihres Vermögens eingebüßt. Und was ist ihr weiteres Schicksal gewesen?

Ueber ihre Köpfe hinweg und auf ihre Kosten sind die neuen Verträge mit Sowjetrußland abgeschlossen worden! Mit dem offenkundigen Rechtsbrecher hat also Deutschland neue „Rechtsverträge" abzuschließen sich bereit gefunden, ohne daß irgendwelche Sühne erfolgt wäre! Wohl ist den Geschädigten mehrfach seitens deutscher Behörden versprochen, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und ihre Belange zu schützen. Trotzdem paraphierte man die Verträge. Noch vor der Ratifizierung sagten die offiziellen Stellen zu, nicht anders als nach erhaltener Genugtuung würde man abschließen . . .

Es hat nicht den Anschein, daß dies der Fall sein werde. Die Bolschewisten setzen dem einfach ihre robuste Taktik und handfeste Grobheit entgegen, indem sie erklären, nach ihrer Auffassung sei die Angelegenheit erledigt und sie seien nicht gewillt, sie weiter zu erörtern. Vorschläge eines Schiedsgerichts oder einer Schlichtungsaktion wurden glatt zurückgewiesen. Und schon vernimmt man Ausflüchte, man könne um der kleinen Gruppe dieser im Kaukasus geschädigten Deutschen willen nicht die großen Interessen gefährden, die bei Zerschlagen der wichtigen Vertragsschlüsse mit Sowjetrußland auf dem Spiele ständen. Da die Bolschewiken nach geschehenem Raub einfach „nicht mit sich reden lassen" wollen, so . . . schweigt man deutscherseits ebenso einfach dazu!

Wir wollen von der Würde dieses Verhaltens gar nicht erst reden. Auch nicht davon, wie wenig hoffungsvoll es sich ausnimmt, dieser Art von unliebsamen Dingen scheu aus dem Wege zu gehen und alles schließlich „um höherer Zwecke willen" einzustecken. Wenig hoffnungsvoll ist bei besonders angesichts der zur Begründung des deutschen Beitritts zum Völkerbund zumeist angeführten Argumente, man werde endlich eine Tribüne haben, um laut und vernehmlich reden zu können. Wenn aber die deutschen Stimmführer im Völkerbund ebenso klar und eindeutig schweigen, wie sie dies den Moskauer Uebergriffen gegenüber zu tun verstehen, dann ist mit dem Völkerbund als Rednerpult allerdings nicht viel gewonnen.

Wie aber ist dabei den Kaukasusdeutschen mitgespielt worden? Sie sind tatsächlich heute die geschlagensten Leute unter den Auslandsdeutschen. Schon einmal gedemütigt, in Kriegserpressalien und Revolutionsstraß verarmt, sind sie nun das zweite Mal um die Früchte ihrer Arbeit gebracht und dabei vom Reich schutzlos aufgegeben worden, um die Verhandlungen nicht zu komplizieren. Man mutet ihnen anscheinend zu, sie sollten sich mit dem stolzen Bewußtsein begnügen, höheren Rücksichten geopfert worden zu sein. Man bedeutet ihnen, daß ihr Wunsch einer wenigstens teilweisen Entschädigung der nachweislich erlittenen Verluste eigentlich recht ungelegen komme.

Die Kaukasusdeutschen weisen darauf hin, daß sie so gründlich ausgeplündert sind, daß sie gar nicht mehr die Mittel besitzen, um sich an den „höheren Interessen" zu beteiligen; daß also andere den Nutzen ziehen werden von den anbrechenden Zeiten neuer Glücksfälligkeiten im Verkehr mit dem Sowjetparadies, sie selbst aber als gerupfte Hühner der Fütterung der anderen zuschauen werden. Sie bitten, durch teilweisen Ersatz, bzw. Beworschussung ihrer Schäden von 1 400 000 M. ihnen die Möglichkeit zu geben, sich erneut einzusetzen bei der erhofften neuen Aera.

Daß solche Schicksale nicht gerade ermutigend auf die Unternehmungslust der Auslandsdeutschen wirken, die geneigt wären, wieder auf ihre ehemalige Posten hinausszugehen, liegt auf der Hand. Das „Hinaus in die Welt, um draußen an Deutschlands Größe zu schaffen", nimmt sich sehr schön aus. Es bleibt aber eine große hohle Phrase, solange dahinter eine kleinliche und ängstliche Außenpolitik steht. Denn eines Mindestmaßes von Rückendeckung muß der Deutsche, der ausreist zum Schaffen in der Fremde, doch gewiß sein.

Wieder Foch als Gutachter.

Die Grundlage für die Botschafterkonferenz in der Besatzungsfrage.

TU Paris, 20. Januar.

Gegenüber den unfreundlichen Kommentaren der Pariser Presse zu dem gestrigen Schritt des deutschen Botschafters wird am Quai d'Orsay erklärt, daß die Ausführungen des Herrn von Hoesch im Geiste des Wohlwollens gepflegt werden würden. Nach einem Meinungsaustausch hierüber mit der englischen Regierung werde die Botschafterkonferenz einberufen werden, die auf Grund eines Gutachtens des Marschalls Foch ihre Auffassung bekannt geben soll.

Italien zu den Locarno-Versprechungen.

Keine Kolonialmandate an Deutschland.

TU Rom, 20. Januar.

Der Abgeordnete Andreas Torre hat seinen Bericht über den Vertrag von Locarno, den er im Namen der Prüfungskommission erstattete, der Kammer überreicht. Er enthält bei dem Punkt „Kolonialmandate" die indirekte Forderung, daß Deutschland nicht eher Kolonien erhalten dürfe, als bis Italiens Ansprüche befriedigt seien. Der Abgeordnete sagte: „Es ist zwar behauptet worden, Deutschland habe Zusicherungen für ein Kolonialmandat erhalten; wir glauben dies aber nicht. Gewiß können die Mächte, die dem Völkerbund angehören, Mandate erlangen. Wir glauben aber nicht, daß Verpflichtungen zugunsten eines besiegten Landes bestehen, bevor ein Siegerstaat wie Italien gemäß seinen Rechten und der internationalen Gerechtigkeit befriedigt würde." Weiter sagt der Bericht, es sei viel von dem Geist von Locarno gesprochen worden, als einem Geist, der volle Friedenssicherheit in Europa gebe. Aber die nationalen und internationalen Streitfragen seien zahlreich. Der Friede müsse fortwährend gesichert und erobert werden.

Locarno vor der belgischen Kammer.

Brüssel, 20. Januar.

Die Kammer beriet heute den Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Abkommens von Locarno. Außenminister Vandervelde stellte mit Freude fest, daß die ganze Kammer dem Abschluß des Vertrags zustimme. Der Vertrag von Locarno, so führte er weiter aus, enthält keine geheime Klausel. Alle Verträge Belgiens weisen einen defensiven Charakter auf. Belgien besaß für den Fall eines Angriffs die Garantie Frankreichs, jetzt besitzt es die britische und auch die deutsche Garantie. Schwierigkeiten sind noch vorhanden. Es ist nicht nötig, von einer Herabsetzung der Heeresbestände zu sprechen, denn man muß mit allen Kriegsmöglichkeiten rechnen. Der Minister sagte zum Schluß, er rechnete auf den guten Willen Aller und auf den Willen der Arbeiter, um den Frieden zu verwirklichen.

Die Verteilung der Engländer in der Wiesbadener Zone.

Mtd Wiesbaden, 20 Januar.

Ueber die endgültige Umgruppierung der englischen Besatzungsarmee wird jetzt bekannt, daß die Verteilung wie folgt vorgenommen worden ist: Die Truppen werden verteilt auf Wiesbaden, Wiesbaden-Land, die Kreise Rheingau, Nieder- und Oberwaunus und die Stadt Bingen. Als Garnisonorte werden bestimmt: Wiesbaden, Biebrich, Schierstein, Langenschwalbach, Idstein, Königstein und Bingen. In Wiesbaden selbst werden das Oberkommando, das Hauptquartier, ein Bataillon Hochländer, sowie ein Bataillon und zwei Kompagnien Infanterie untergebracht. Nach Biebrich werden ein Regiment Feldartillerie und zwei Bataillone Infanterie, nach Schierstein zwei Kompagnien Infanterie verlegt. In Dotzheim bei Wiesbaden wird die Telegraphenabteilung, in Langenschwalbach und Idstein werden je zwei Kompagnien Infanterie untergebracht. In Königstein verbleiben: ein Bataillon und zwei Kompagnien Infanterie, und nach Bingen werden zwei Kompagnien Infanterie und ein Militärlazarett gelegt.

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird verschoben.

Genf, 20. Januar.

Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet: Obwohl keine neuen für die Frage der Abhaltung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz entscheidenden Umstände zu verzeichnen sind, scheint man in Völkerbundskreisen bestimmt damit zu rechnen, daß die Zusammenkunft der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstungskonferenz wahrscheinlich bis zum Monat April verschoben wird. Als Verhandlungsort bleibe jedoch nach wie vor Genf vorgesehen. Ferner wird mit dem Eingehen des Aufnahmegesuchs Deutschlands in nicht ferner Zeit gerechnet.

Die Lügen über die deutschen Kriegsgreuel.

Späte amerikanische Erkenntnis.

New-York, 20. Januar.

Der bekannte republikanische Senator Hiram Johnson übte in seiner großen Senatsrede gegen den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof scharfe Kritik an der für diesen Beitritt in Amerika betriebenen Propaganda des Auslandes. Er stellte dabei fest, daß immer deutlicher erkannt werde, wie unwahr die Propaganda im Kriege gewesen sei. Durch das Geständnis des englischen Generals Charteris sei die Geschichte von der deutschen Kadaververwertung als Lüge erwiesen, auch die Nachrichten über die deutschen Greuel hätten sich als unwahr herausgestellt;

Bethlen und die Opposition.

Einigung über den parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

EP Budapest, 20. Januar.

Heute vormittag fanden im Zimmer des Präsidenten der Nationalversammlung neue Verhandlungen statt, die die Einigung zwischen der Regierung und der Opposition betreffend die Bildung der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Gegenstand hatten. Gleichzeitig tagte unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen eine außerordentliche Ministerkonferenz, die sich ebenfalls mit den Forderungen der Opposition in der Frage des Untersuchungsausschusses befaßte. Das Ergebnis der Beratung war, daß die Regierung mit Rücksicht auf die inner- und außenpolitischen Interessen des Landes beschloß, die Bedingungen der oppositionellen Abgeordneten hinsichtlich der parlamentarischen Untersuchungskommission in vollem Umfange anzunehmen. Danach wird unter dem Präsidium des Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Dr. Jitman, ein aus 30 Mitgliedern bestehender Ausschuß gebildet werden, in welchem auch der Opposition eine größere Anzahl von Sitzen gesichert wird. Der Ministerpräsident hat seine Zustimmung gegeben, daß der Ausschuß nach Abschluß der staatsanwaltlichen Untersuchung, jedoch noch vor Beginn der Gerichtsverhandlung, also etwa nach Fertigstellung der Anklageschrift, in die Akten der Staatsanwaltschaft Einsicht nehmen könne. Der Ausschuß wird das Recht haben, private und politische Persönlichkeiten zu vernehmen. Der Ministerpräsident hat nur die Bedingung gestellt, daß die Beratungen des Ausschusses völlig geheim sein müssen.

Wie aus Gerichtskreisen verlautet, dürfte die Anklageschrift innerhalb 8 Tagen fertiggestellt sein. Die Hauptverhandlung ist in 4 bis 6 Wochen zu erwarten. Die aus den tatsächlich in den Verkehr gebrachten falschen 1000-Francs-Noten und aus den Recherchierungskosten erwachsenen, aber noch nicht fixierten Ansprüche der Banque de France scheinen durch das Vermögen der Hauptschuldigen gedeckt zu sein.

Lloyd George und die Arbeiterpartei.

TU London, 20. Januar.

Heute abend hielt Lloyd George in Carnarvon seine lang erwartete Rede über das Verhältnis der Liberalen zur Arbeiterpartei. Die Gerüchte, daß die Liberalen wieder mit der Arbeiterpartei in der Opposition gegen die konservative Regierung zusammengehen möchten, wies Lloyd George als Spekulation und Klatsch zurück. Die Arbeiterpartei habe im Jahre 1924 bewiesen, daß sie ohne Vorbedingungen und ohne Verständnis an die Macht gekommen sei. In jener Zeit habe allerdings die liberale Partei und er selbst eine falsche Haltung gegenüber der Arbeiterpartei eingenommen. Diese Zeit dürfe nie wiederkommen. Die Erfahrung hätte bewiesen, daß der Sozialismus nicht über eine gewisse Grenze hinaus wachsen könne.

Der Direktor für politische Angelegenheiten am Quai d'Orsay, Laroche, ist zum französischen Botschafter in Warschau an Stelle des bisherigen Botschafters Panafieu ernannt worden.

Ein Abschlußwort zur Diktatur-Debatte.

Obwohl uns zu dem Diktaturproblem noch eine ganze Anzahl von Artikeln zugesandt worden ist, glauben wir doch diese Erörterung gegenwärtig zu einem Abschluß bringen zu können, denn im wesentlichen ist bereits alles gesagt, was auch die nicht veröffentlichten Artikel, diese oder jene Einzelheit ausgenommen, enthalten.

Zum Abschluß sei noch folgendes ausgeführt:

Abgesehen von einigen wenigen demokratischen Doktrinären ist in Deutschland kein Mensch mit dem gegenwärtigen Regierungssystem zufrieden. So ziemlich alle möchten es zum mindesten stark reformieren, sehr viele es gänzlich abschaffen und durch etwas Neues ersetzen. Die Kommunisten wollen die Diktatur des Proletariats mit dem Rätesystem, die Sozialdemokraten möchten am liebsten die Diktatur der Gewerkschaften, die Demokraten und das linke Zentrum eine Diktatur der radikalen Republikaner, die gemäßigte Rechte die konstitutionelle Monarchie mehr oder weniger nach englischem Muster und die äußerste Rechte die nationale Diktatur. Die Weimarer Verfassung ist für alle, abgesehen von den wenigen Doktrinären, tatsächlich nur ein Nothehelf, etwas, das man respektiert, weil man nichts anderes an seine Stelle zu setzen stark genug ist.

Diese Unzufriedenheit mit dem bestehenden Regime hat die verschiedensten Ursachen, von der traditionellen Vorliebe für das Vorherige, von der Empörung über den Dolchstoß und Rechtsbruch der Revolution, von der Trauer über unsere außenpolitische Stellung, über staatspolitische Theorien bis zur reinen Verbitterung durch die furchtbare wirtschaftliche Not. Und der Sinn aller Rufe nach Aenderung, z. B. auch desjenigen nach der Diktatur, ist der, daß die Beschwerdegründe schnellstens abgestellt werden sollen, nachdem man bis jetzt nur die Politik des Hü und Hott erlebt hat, eines sich selbst blamierenden Parlaments.

Bei den Erörterungen über die Notwendigkeit eines Diktators wird man aber doch wohl zwei Gedanken mehr in den Vordergrund zu rücken haben, als es bisher geschehen ist.

Es sei angenommen, ein Diktator, etwa nach dem Stil Mussolinis, käme in Deutschland hoch oder nähme die Gewalt an sich und faßte das ganze Volk so straff zu einer nationalen Einheit, die gleichmäßig schlagfertig gegen außen und innen ist, zusammen, wie wir das in Italien vor uns sehen. Aller Voraussicht nach würde dann doch bei unseren bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn die größte Besorgnis entstehen und der Entschluß gefaßt werden, jeder möglichen, von Deutschland her kommenden Gefahr gründlich vorzubeugen. Es wäre also mit einem rücksichtslosen Eingreifen zum mindesten Frankreichs und seiner Vasallenstaaten zu rechnen. Würde dann ein Diktator sich in Deutschland halten können, selbst wenn eine große Mehrheit hinter ihm stände? Würde er gegen politische und wirtschaftliche Repressalien Frankreichs und Englands die materielle Lage bessern können? Würde Mussolini den Faszismus in der Herrschaft erhalten können, wenn z. B. England und Frankreich eine wirtschaftliche oder gar direkt maritime Blockade gegen Italien durchführen würden?

Man wird doch wohl ehrlicherweise alle diese Fragen mit Nein beantworten müssen.

Ferner: Gibt es jemand bei uns, der wirklich glaubt, daß gegenwärtig in Deutschland ein Mann, und sei er der allerstärkste, mutigste und ein politisches Genie ohnegleichen, hervortreten, sich zum Diktator ausrufen und etwa übermorgen oder in einer Woche oder in zwei, drei Monaten die Macht fest in Händen haben könnte, daß ein in Berlin auftauchender Uebermensch sofort auch in München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden, Hamburg, Königsberg, Stettin, Breslau usw. Gefolgschaft haben würde?

Auch diese Fragen dürften ehrlicherweise mit Nein beantwortet werden müssen.

Das allerdringlichste deutsche Problem ist aber, wie wir die nächsten Tage, Wochen und Monate geführt werden sollen und wollen, und nach welcher Richtung